Haushaltsgesetz 2011 (Plenarsitzung vom 23.02.2011)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich möchte meine Rede für die Linke heute etwas anders beginnen, als Sie es normalerweise von mir gewohnt sind.

Stéphane Hessel ist mittlerweile 93 Jahre alt. Er hat ein Buch geschrieben. Man könnte es auch Aufsatz nennen, weil es weniger umfangreich ist als ein Buch. Es heißt „Empört euch!“. Stéphane Hessel war in der Résistance gegen die Nazis. Er war im KZ Buchenwald. Er hat das KZ überlebt. Er war nach dem Krieg 1948 Sekretär der UN-Menschenrechtskommission und hat die Menschenrechtskonvention mit verfasst. Ich möchte Ihnen vorlesen, was Stéphane Hessel geschrieben hat:

Man wagt uns zu sagen, der Staat könne die Kosten dieser sozialen Errungenschaften nicht mehr tragen. Aber wie kann heute das Geld dafür fehlen, da doch der Wohlstand so viel größer ist als zur Zeit der Befreiung, als Europa in Trümmern lag?

Doch nur deshalb, weil die Macht des Geldes, die so sehr von der Résistance bekämpft wurde, niemals so groß, so anmaßend, so egoistisch war wie heute – mit Lobbyisten bis in die höchsten Ränge des Staates. In vielen Schaltstellen der wiederprivatisierten Geldinstitute sitzen Boni-Banker und Gewinnmaximierer, die sich keinen Deut ums Gemeinwohl scheren. Noch nie war der Abstand zwischen den Ärmsten und den Reichsten so groß. Noch nie war der Tanz um das goldene Kalb – Geld, Konkurrenz – so entfesselt.

Das Grundmotiv der Résistance war die Empörung.

Wir, die Veteranen der Widerstandsbewegungen und der Kampfgruppen des freien Frankreich, rufen die Jungen auf, das geistige und moralische Erbe der Résitance, ihre Ideale mit neuem Leben zu erfüllen und weiterzugeben. Mischt euch ein, empört euch! Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, die Intellektuellen, die ganze Gesellschaft dürfen sich nicht kleinmachen und kleinkriegen lassen von der internationalen Diktatur der Finanzmärkte, die es so weit gebracht hat, Frieden und Demokratie zu gefährden.

Zwei große neue Menschheitsaufgaben sind für jedermann erkennbar:

Erstens. Die weit geöffnete und immer noch weiter sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich. Das ist eine Spezialität des 20. und 21. Jahrhunderts. Die Ärmsten der Welt verdienen heute kaum zwei Dollar am Tag. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Kluft sich weiter vertieft. Allein schon dies heißt, sich zu engagieren.

Zweitens. Die Menschenrechte und der Zustand unseres Planeten.
Dieses Buch haben mittlerweile 2 Millionen Menschen in Frankreich gekauft und wahrscheinlich noch viel mehr gelesen. Es ist in dieser Woche direkt auf Platz 1 der Bestsellerliste in Deutschland gekommen.

(Beifall von der LINKEN)

Vor einiger Zeit haben wir die Sarrazin-Debatte erlebt. Nach dem, was wir in dem Zusammenhang über den Zustand der Republik lesen konnten und welche Vergleiche gezogen wurden, ist es sehr wohltuend, was Stéphane Hessel schreibt.
Was Stéphane Hessel gesagt hat, hat sehr viel mit der Lebenswirklichkeit in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen zu tun. Immer mehr Menschen sind empört darüber, was in Deutschland passiert. Wir reden in Deutschland mittlerweile auch von Wutbürgern. Immer mehr Leute finden es unerträglich. Sie finden übrigens auch das Schauspiel eines Betrügers wie von Herrn zu Guttenberg unerträglich, wie wir es in den letzten Tagen erlebt haben.
Genau das trägt dazu bei, dass immer mehr Menschen in dieser Republik von Politik und von Politikern enttäuscht sind. Darüber sollten wir auch einmal nachdenken. Wir sollten überlegen, wie wir mit Geld umgehen und wofür wir Geld einsetzen. Wir sollten über die Situation der Finanzmärkte nachdenken und darüber, wie in Deutschland mit Geld umgegangen wird.
Ich möchte jetzt ein paar Punkte zu dem sagen, was wir in der heutigen Haushaltsdebatte erlebt haben. Durchaus im Sinne dessen, was ich gerade vorgelesen habe, setzen wir Linke uns sehr deutlich dafür ein, endlich wieder strukturell ausgeglichene Haushalte zu bekommen. Das betrifft natürlich auch Nordrhein-Westfalen.
Wir müssen endlich für deutliche Steuermehreinnahmen sorgen. Ich hoffe, es ist ernst gemeint, was vonseiten der Regierung, aber auch von den Vertretern der Minderheitsregierung von SPD und Grünen gesagt wurde, dass endlich Bundesratsinitiativen für mehr Steuergerechtigkeit gestartet werden. Wir werden den Haushalt in Nordrhein-Westfalen, die übrigen Haushalte in anderen Bundesländern und die kommunalen Haushalte sonst nicht auskömmlich finanzieren können.
Wir brauchen endlich wieder eine Vermögensteuer, eine Millionärssteuer. Wir brauchen endlich wieder einen höheren Spitzensteuersatz. Vielleicht erinnern Sie sich noch: Während der Regierungszeit von Herrn Kohl lag der Spitzensteuersatz noch bei 52 %. Mittlerweile liegt er bei 42 %.

(Beifall von der LINKEN)

Ich freue mich darüber, dass zumindest SPD und Grüne heute schon etwas anders klangen, als ich es noch vor einiger Zeit erlebt habe. Damals hatten wir einen Antrag eingebracht und genau solche Bundesratsinitiativen gefordert. Ich höre heute, dass Sie zumindest darüber nachdenken und das vielleicht auch aufgreifen wollen. Ich bin sehr gespannt darauf, ob wir in der Sache zusammenarbeiten und tatsächlich diese Initiativen starten. Von CDU und FDP ist da nichts zu erwarten. Das wissen wir.

(Beifall von der LINKEN)

Ich erwarte aber auch, dass wir die Möglichkeiten, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, nutzen und Initiativen starten. Das sage ich sehr deutlich.
Wir brauchen endlich wieder eine höhere Grunderwerbsteuer.

(Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Wir haben das vorgeschlagen. Wir haben auch einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wir wollen die Steuer von 3,5 % auf 5 % erhöhen. Das würde für das Land Nordrhein-Westfalen 450 Millionen € bringen.
Wir dürfen aber auch nicht lockerlassen, was die Initiativen für mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfer angeht. Wir haben im Nachtragshaushalt 300 Stellen – 200 Stellen plus 100 Ausbildungsplätze – geschaffen. Wir müssen aber auch ernsthaft an diesem Punkt weitermachen. Die veranschlagten Steuern müssen wir auch für Nordrhein-Westfalen vereinnahmen.

(Beifall von der LINKEN)

Als Linke sagen wir sehr deutlich: Wir müssen und wollen diese strukturelle Vorsorgepolitik betreiben, um die sozialen Lasten der Zukunft zu schultern und etwas im Sinne von Generationengerechtigkeit zu tun.
Ich sage das sehr deutlich vor dem Hintergrund dessen, was ich in den letzten Tagen in Nordrhein-Westfalen erlebt habe – ich habe das auch schon im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt –: Die Landesregierung sollte keine angstgesteuerte Finanzpolitik betreiben. Was ich in den letzten Tagen gesehen habe, ist ein einmaliger Vorgang – das haben wir meines Wissens in Nordrhein-Westfalen noch nie gehabt –: dass gleichzeitig mit dem Haushalt schon eine erste Ergänzung eingebracht wird, in der Steuermehreinnahmen von 508 Millionen €, aber auch 222 Millionen € Kürzungen enthalten sind. Das macht sehr deutlich, dass die Angst vor dem, was in Münster entschieden wird,

offensichtlich sehr groß ist.
Ich bin sehr gespannt, wie die Entscheidung in Münster am 15. März aussehen wird. Aber dass – das fordern CDU und FDP hier – der Haushalt noch viel später eingebracht wird und dass Sie hier offensichtlich in Arbeitsverweigerung verfallen wollen, das – das muss ich Ihnen sehr deutlich sagen – kann es doch wohl nicht sein.

(Beifall von der LINKEN)

Sie sind verpflichtet, sich hier auch als Opposition einzubringen und mitzuberaten. Ich erwarte wirklich mit großem Interesse – ich sitze schon etwas länger im Landtag –, genau wie die Ministerpräsidentin, die Ihnen das heute alles vorgehalten hat, Ihre Vorschläge, wie Sie einen anderen Haushalt gestalten wollen.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Man kann hier natürlich darauf hinweisen, dass 2009 die damalige schwarz-gelben Regierung bei der mittelfristigen Finanzplanung von einer anderen Situation ausgegangen ist. Aber – das muss man auch so deutlich sagen – wenn die Erholung dann vielleicht etwas eher kommt, ist das ein positiver Effekt. Sie jedoch haben das bis 2013 fortgeschrieben. Sie haben jedes Jahr, auch bei einer Erholung, die impliziert ist, die Neuverschuldung von 6,6 Milliarden € fortgeschrieben und damals auch schon bewusst gesagt: Das werden verfassungswidrige Haushalte sein, denn die Investitionsquote ist natürlich deutlich niedriger.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Das steht genau in der Kontinuität dessen, was Sie auch in Berlin machen. In Berlin ist genau dieselbe Situation. Die Investitionsquote in Berlin ist prozentual niedriger als die hier in Nordrhein-Westfalen. Das ist die reale Situation.
Für Die Linke kann ich nur sehr deutlich sagen: Wir sind in der Tat dagegen – das Wort ist heute schon einmal gefallen; wir haben das gestern auch schon bei unserem Pressegespräch gesagt –, dass dieses Land „kaputtgespart“ wird.

(Beifall von der LINKEN)

Haushaltskonsolidierung lehnen wir als Linke ja nicht grundsätzlich ab. Aber wir wollen das durch Steuermehreinnahmen kompensieren. Wir wollen dafür sorgen, dass Haushalte wieder auskömmlich finanziert sind, indem wir über die Steuer tatsächlich eine Umverteilung von oben nach unten erreichen, und nicht weiter diese Politik von unten nach oben machen, wie Sie sie jahrelang betrieben haben.

(Beifall von der LINKEN)

Das wollen wir nicht. Deswegen sagen wir sehr deutlich: Wenn auf Bundesebene nicht tatsächlich etwas anderes beschlossen wird, dann werden wir gar nicht umhinkommen, hier eine Steuerverschuldungspolitik zu machen. Da gibt es dann überhaupt keinen anderen Weg, denn wir müssen hier Vorsorgepolitik betreiben.

(Beifall von der LINKEN)

Ich sage das auch vor dem Hintergrund des Gemeindefinanzierungsgesetzes, denn die Kommunen sind mindestens in einer so katastrophalen Situation wie das Land Nordrhein-Westfalen. Wir haben kürzlich bei der Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss gehört, dass im Moment 169 Kommunen in Nordrhein-Westfalen in der Haushaltssicherung sind. Deswegen ist es dringend notwendig, dass die ihren Anteil an dem, was an steuerlichen Einnahmen hereinkommt, erhalten – und natürlich auch ihren Anteil an der Grunderwerbssteuer, die wir hier einführen wollen. Wir werben dafür, dass Sie das mit uns konkret machen.

(Beifall von der LINKEN)

Ich möchte zumindest noch ein paar Sätze zu dem verlieren, was sonst noch hier passiert.
Wir haben natürlich die Situation mit der WestLB. Wir wissen – das haben wir die ganze Zeit sehr deutlich gesagt –, worauf das hinauslaufen wird. Wir haben immer gesagt: Die WestLB als Bank sollte erhalten bleiben. Wir wollen, dass es politische Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen ist. – Wir haben aber auch immer gesagt: Wir wollen Transparenz, wir wollen ein vernünftiges Controlling, wir wollen, dass die hochspekulativen Risikogeschäfte endlich beendet werden. – Dafür kämpfen wir seit Jahren, denn wir wollen eben nicht, dass Milliarden für Banker zur Verfügung gestellt werden, die dann noch mit Millionenboni und -abfindungen nach Hause gehen können.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist eine völlig verfehlte und falsche Politik. Wir wollen auch, dass diese Banker endlich zur Verantwortung gezogen werden.
Aber was jetzt droht, ist die Zerschlagung und Privatisierung. Dazu sagen wir nach wie vor, dass wir das nicht nur kritisch sehen, sondern dass wir das grundsätzlich ablehnen.

(Beifall von der LINKEN)

Denn eines ist auch die Folge: Es wird bei der WestLB einen Personalabbau geben, Tausende von Stellen werden wegfallen. Das wird im Moment konkret gesagt, das wird auch vom Betriebsrat der WestLB selber in den Raum gestellt. Das wird die Konsequenz dieser völlig verfehlten Politik sein. Und dafür sind CDU und FDP in den letzten Jahren verantwortlich gewesen.

(Beifall von der LINKEN)

Denn Sie haben hier eine Politik gemacht, bei der die Banker haben machen können, was sie machen wollten. Sie haben die mit Millionenboni nach Hause geschickt. Sie haben die Verantwortung dafür. Sie können sich jetzt heute nicht einfach vom Acker machen und sagen: Damit haben wir nichts mehr zu tun; es gibt jetzt eine SPD-Grüne-Landesregierung, die gucken muss, wie sie klarkommt.
Ich kann nur noch einmal sehr deutlich machen: Wer die Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen tatsächlich verändern will, wer an der Unterfinanzierung, die wir in den öffentlichen Haushalten seit Jahren haben, konkret etwas verändern will und wer wirklich auskömmliche Haushalte finanzieren will, der kommt nicht umhin, hier über Steuererhöhungen und nicht über Steuersenkungen zu reden.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn ich sehe, was Sie in Berlin in den letzten Monaten und Jahren gemacht haben, dann kann ich nur sagen: Das war eine völlig verfehlte Politik – bis hin zu der Mövenpick-Geschichte, nämlich dass Sie für die Hoteliers letztlich 1 Milliarde € Steuersenkungen durchgesetzt haben.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist die Realität.
Eines ist auch klar: Sie haben die Möglichkeit, mit uns hier eine vernünftige Haushalts- und Finanzpolitik zu machen, eine Politik, die Haushalte tatsächlich finanziert.
Wir – das sage ich noch einmal sehr deutlich – sehen im Landeshaushalt jetzt deutliche Defizite. Es ist viel versprochen worden. Wir haben uns natürlich sehr gut angehört, was Frau Kraft nach der Wahl gesagt hat: Jetzt werden die Wahlprogramme einem Realitätscheck unterzogen. – Ja, was heißt das denn? Heißt das, dass das, was Sie jetzt machen, der Realitätscheck ist, dass Sie zum Beispiel für ein Sozialticket gerade einmal 15 Millionen € zur Verfügung stellen? Damit können Sie ja nicht einmal das, was beim VRR beschlossen worden ist – und die haben sich schon darüber beklagt, dass das Land nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt –, finanzieren, geschweige denn ein landesweites Sozialticket, wie wir es fordern.

(Beifall von der LINKEN)

Da werden wir Ihnen auch weiter Druck machen. Wir wollen dieses landesweite Sozialticket. Wir wollen, dass Menschen, die nicht reich, sondern arm sind, die Möglichkeit zur Mobilität in diesem Land haben.

(Beifall von der LINKEN)

Es ist auch in vielen anderen Bereichen so, zum Beispiel beim Flüchtlingsrat und bei den Flüchtlingsinitiativen. Auch dafür ist keine Finanzierung im Haushalt. An vielen anderen Stellen und bei sozialen Initiativen in diesem Land gibt es keine auskömmliche Finanzierung.
Zum Thema „Studiengebühren“: Wir werden dazu noch mal unsere Anträge zur Abstimmung stellen. Eins ist klar: Die Studiengebühren werden abgeschafft. Die Linke hat dafür mit Ja gestimmt, es gibt hier eine klare parlamentarische Mehrheit dafür, die Studiengebühren abzuschaffen.
Aber diese Landesregierung von SPD und Grünen sorgt nicht für eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen; das ist die Realität. Sie haben das Problem hierbei erkannt, deswegen haben Sie einen Änderungsantrag verfasst. Darin haben Sie von „mindestens 249 Millionen €“ geschrieben. Aber es fehlt nach wie vor die Finanzierung. Jeder weiß, dass für eine Finanzierung der Hochschulen auf dem bisherigen Niveau mindestens 450 Millionen € eingestellt werden müssten. Das haben Sie aber nicht gemacht; im Hochschuletat haben Sie gerade einmal 113 Millionen € mehr eingestellt. Auch an der Stelle sage ich sehr deutlich: Wir setzen uns für eine vernünftige und auskömmliche Finanzierung der Hochschulen ein. Wir werden Ihnen da weiter Druck machen. Wir

wollen, dass die Studierenden hier in Nordrhein-Westfalen auch zukünftig vernünftige Studienbedingungen haben.

(Beifall von der LINKEN)

Wir werden hier in den nächsten Wochen eine spannende Haushaltsdebatte führen. Wir als Linke werden natürlich alles sehr genau prüfen – wir hatten noch nicht die Möglichkeit, uns die Einzelhaushalte bis ins letzte Detail anzusehen – und sehr deutlich machen, wo wir Änderungsbedarfe sehen. Wir haben eine Menge Forderungen, die wir Ihnen stellen werden.
Aber wir sagen auch sehr deutlich: Wir stehen für eine auskömmliche Finanzierung der Haushalte. Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit. Wir wollen, dass diejenigen, die in dieser Republik und in Nordrhein-Westfalen das Geld haben, dazu beitragen, dass wir hier tatsächlich Zukunftsvorsorge für die Menschen in Nordrhein-Westfalen betreiben und für eine Verbesserung der Lebensbedingungen sorgen können.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht Finanzminister Dr. Walter-Borjans.